

Alles eine Frage der Organisation!

Organizing. Deutsch-TrainerInnen wehren sich.

Nahezu jeder Arbeitsbereich sowie jede Branche sind der allseits um sich greifenden Neoliberalisierung ausgesetzt. Dennoch bzw. oft genau deshalb werden die betroffenen ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich nur schwer erreicht.

Viele Werktätige im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich klagen über die mit diesen Entwicklungen verbundenen Begleiterscheinungen wie extrem flexible Arbeitszeiten, niedriger Lohn und unbezahlte Zusatzarbeiten.

Die IG Social hat sich daher zum Ziel gesetzt, jene KollegInnen bei der Durchsetzung ihrer Interessen zu unterstützen, die selbst aktiv werden wollen.

Im Bereich der Erwachsenenbildung sind unter anderem DeutschtrainerInnen oftmals Opfer derartiger Entwicklungen. Auf einer gut besuchten Informationsveranstaltung am 24. Oktober 2016 in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlages zu diesem Thema wurde von

zahlreichen betroffenen KollegInnen der Wunsch nach einem Organizing-Workshop geäußert, der schließlich am 18. Februar stattfand.

Am Tag des Seminars durften wir ca. 30 TeilnehmerInnen aus sechs der größten Erwachsenenbildungseinrichtungen in den Räumlichkeiten des Bildungszentrums der Arbeiterkammer Wien begrüßen.

Selma Schacht (Vorsitzende des Bundesausschusses der IG Social) und Axel Magnus (Vorsitzender des Wiener Regionalausschusses der IG Social) leiteten den Workshop und machten die interessierten TeilnehmerInnen mit nützlichen Tools wie aktivierende Gesprächsführung oder dem Erstellen von Betriebslandkarten vertraut.

Die Inhalte stießen auf großes Interesse und es kam in weiterer Folge zu reger Beteiligung der Anwesenden, wodurch eine produktive Diskussion über potentielle weitere Vorgangsweisen entstand.



Besonders erfreulich war die allseits spürbare Bereitschaft zur Vernetzung der KollegInnen, welche durch das Erstellen einer Email-Liste zur Terminfindung für das Erarbeiten einer Betriebslandkarte sogleich in die Praxis umgesetzt wurde.

Am Ende der Veranstaltung gingen die motivierten KollegInnen mit dem Angebot der weiteren Begleitung ihres Vernetzungs- und Organizingprozesses und einem

vereinbarten Folgetermin in ihr wohlverdientes Wochenende.

Am 22. April trafen sich schließlich um die 60 TrainerInnen aus fast 20 Einrichtungen erneut, um erste Forderungen (höhere Bezahlung, bezahlte Vor- und Nachbereitungszeiten) zu erarbeiten und erste Aktionen zu planen,

um diesen Nachdruck zu verleihen. Die erste Aktion wurde dann mit einem Flashmob am traditionellen Kampftag der ArbeiterInnenklasse, dem 1. Mai, umgesetzt und fand einigen Widerhall in den Medien.

Und schon ist wieder das nächste Treffen für den 10. Juni geplant.

Wieviel ist zeitgemäßer Rechtsschutz nun wert?



VertretungsNetz

Im Zuge der parlamentarischen Behandlung des neuen Erwachsenenschutzgesetzes haben zahlreiche Interventionen, von Seiten der Betriebsräte-Arbeitsgemeinschaft der vier Sachwaltervereine mittels Brief an den Justizminister, aber auch durch die Dienstgeberseite, durch GPA-djp-Vorsitzenden Wolfgang Katzian sowie die Justiz- und BehindertensprecherInnen erste Wirkung gezeigt.

Der Rechtsschutz für Kinder und Jugendliche in Wohneinrichtungen durch die Bewohnervertretung wurde wieder ins Reformvorhaben aufgenommen. Hinsichtlich einer ausreichenden und langfristigen Finanzierung des erforderlichen Personals für die neuen Aufgaben der künftigen Erwachsenenschutzvereine stellte Justizminister Brandstetter in der Plenardebatte fest, er sehe die Finanzierung als gesi-

chert, allfällige zusätzliche Aufwendungen könnten durch die Rücklagen seines Resorts bedeckt werden, wobei eine entsprechende Bewilligung seitens des Finanzministers bereits vorliege.

Während nun das vom Parlament am 30.3.2017 einstimmig beschlossene Erwachsenenschutzgesetz allseits begrüßt wird, bleiben die vier Sachwaltervereine hinsichtlich der Mittel für zusätzliches Personal weiter im Ungewissen!

Falls die notwendige Finanzierung weiterhin ungeklärt bleibt, planen die BetriebsrätInnen bereits ab Mitte Mai weitere Interventionen.

Nein zur Einschränkung des Versammlungsrechts!

Die seitens der Regierung durchgepeitschte Novellierung des Versammlungsrechts ist ein brachialer Angriff auf die demokratischen Grundrechte im Land. Dieses wurde – gerade auch von GewerkschafterInnen – in harten Kämpfen erungen, und ist seit 1867 verfassungsrechtlich verankert. Es stellt ein unverzichtbares Grundrecht dar, welches durch die von SPÖ und ÖVP beschlossene Gesetzesänderung massiv eingeschränkt wurde.

Die Verlängerung der Anmeldefrist macht es unmöglich, kurzfristig öffentlich auf politische Ereig-

nisse zu reagieren. Dieser Abbau demokratischer Rechte erstreckt sich bis ins unmittelbarste gewerkschaftliche Wirken wie z.B. nötige Spontanaktionen anlässlich blockierter Kollektivvertragsverhandlungen, kurzfristige Solidaritätskundgebungen, ...

Mit der neuen Möglichkeit, „außenpolitische Interessen“ als Untersagungsgrund heranzuziehen wird in Österreich lebenden und arbeitenden Menschen, die in ihren Herkunftsländern Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt sind, das Recht genommen, sich hierzu lande politisches Gehör zu verschaffen.